



Die Krise in Mali

Demokratie für wen? Krieg gegen wen? Die Rolle der Zivilgesellschaft,
die Verursacher der Krise und die Bedeutung religiöser Akteure

Charlotte Wiedemann

Berlin, Dezember 2012

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung

Redaktion: Maria Kind

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: 17. Dezember 2012



Die Autorin

Charlotte Wiedemann, geb. 1954, Journalistin. Lebte einige Jahre in Südostasien und bereiste später viele islamische Länder Asiens, Arabiens und Afrikas, u.a. für GEO, DIE ZEIT, Le Monde diplomatique.

Inhaltsverzeichnis

1. Wo steht die Zivilgesellschaft im aktuellen Konflikt?	4
2. Der Blick auf die Schuldigen: Verhandeln mit wem, Krieg gegen wen?	9
3. Ist Malis Laizität bedroht? Die Rolle der Religion und der religiösen Akteure	15

1. Wo steht die Zivilgesellschaft im aktuellen Konflikt?

Um die Rolle der Zivilgesellschaft in der malischen Krise beurteilen zu können, ist zunächst ein Blick auf jenes System nötig, das durch einen Militärputsch am 22. März 2012 von der Macht entfernt wurde: Malis Demokratie war, entgegen seinem Werbebild im Ausland, weder stabil noch vorbildlich, sondern durch Korruption, schlechte Regierungsführung und chronisch niedrige Wahlbeteiligung gekennzeichnet. Der Sturz des Präsidenten Amadou Toumani Touré, kurz ATT genannt, wurde deshalb in der Zivilgesellschaft weithin als Ende einer „Fassaden-Demokratie“ bewertet, doch er konfrontiert viele Organisationen zugleich mit der eigener Verstrickung in die Methoden des untergangenen Systems.

Handlungsfähigkeit und Verstrickung

Bei ausländischen Beobachtern gilt Malis Zivilgesellschaft gemeinhin als stark: wegen einer beeindruckend hohen Zahl an Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) und wegen ihrer Artikulationsfähigkeit auf internationaler Ebene (Weltsozialforen, Kampagnen für gerechten Welthandel, Schuldenstreichung etc.). Die Zahl der offiziell registrierten NGOs belief sich zeitweise auf über 2000; dazu kommen unzählbare traditionelle Zusammenschlüsse auf dörflicher Ebene. In der gegenwärtigen Krise zeigt sich jedoch, dass pure Größe keineswegs automatisch politische Stärke und Handlungsfähigkeit bedeutet.

Zahlreiche Gruppen sind im armen Mali faktisch Geldbeschaffungs-Vereinigungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Sie richten sich oft eher an der vermuteten Agenda der Geber aus als an eigenen Gestaltungsvorstellungen. Neben diese Abhängigkeit von externen Gebern tritt die politische Instrumentalisierung durch interne Akteure: Teils wurden NGOs in der Vergangenheit direkt von Politikern gegründet (für Wahlkampf oder Geldbeschaffung), teils missbrauchten Vorsitzende ihre NGO als Sprungbrett für politische Ambitionen. Einige ließen sich dafür bezahlen, dass sie ihre Basis von Protesten abhielten (etwa im Bildungswesen.) Die Ausrichtung der meisten Gruppen auf eine dominante (meist männliche) Führungsfigur erleichtert jegliche Beeinflussung.

Mori Moussa Konaté, Sozialpädagoge und Direktor von „SECO-ONG“, einem Netz von 52 Umwelt- und Entwicklungsgruppen, zieht folgende Bilanz: „Die Zivilgesellschaft wurde instrumentalisiert, und sie hat dazu selbst die Tür geöffnet. Die Führer vieler

NGOs leben von ihrer Tätigkeit, ihr materielles Interesse gewinnt irgendwann Oberhand über das Engagement in der Sache. Zivilgesellschaft sollte bedeuten: nicht die Macht innehaben. Aber viele NGO-Präsidenten möchten am liebsten Minister werden.“ Konaté schildert folgendes Beispiel: Im Wahlkreis des heutigen Übergangs-Präsidenten Dioncounda Traoré tauchte eine Herausforderin auf, die aufgrund der Projekte ihrer Frauen-NGO sehr populär war. Um Traorés Sieg zu retten, wurde die Herausforderin mit einem Deal zum Rückzug veranlasst: Sie bekam nach der Wahl den Posten der Frauenministerin. Aufgrund solcher Erfahrungen gibt es in der Bevölkerung ein generelles Misstrauen, ob Personen der Zivilgesellschaft nicht womöglich nur ihre eigenen Interessen vertreten. Darüber wird heute offener gesprochen als früher. Tatsächliche Unabhängigkeit haben sich nur jene NGOs bewahrt, die zumindest eines der folgenden Merkmale aufweisen: ein besonders integeres Führungspersonal, demokratische innere Strukturen oder eine Verankerung in sozialen Kämpfen (z.B. gegen Privatisierungen und Landvertreibungen), die gegen Vereinnahmungen gleichsam immunisieren. Es wäre jedoch verfehlt zu erwarten, dass die Zivilgesellschaft als Ganzes im malischen Krisenszenario eine „Gegenmacht“ darstellen könnte. Gleichwohl ist sie auf der Bühne ständig präsent, wird sogar hofiert. Das entspricht dem Stil der untergangenen ATT-Präsidentschaft, in der die Zivilgesellschaft eine Art zeremonielle Funktion hatte: Sie wurde ständig angehört, konnte aber wenig beeinflussen.

Positionierungen der Zivilgesellschaft

Die politische Szene in Malis Hauptstadt ist neun Monate nach dem Putsch weiterhin in zwei Lager gespalten – und ein beträchtlicher Teil der Zivilgesellschaft hat diese Spaltung mit vollzogen. Auf der einen Seite steht die alte politische Klasse und alle, die vom Machtsystem ATT profitierten. Diese sogenannten „Anti-Putschisten“ sehen sich als Retter der Republik und haben sich folglich „Front pour la sauvegarde de la démocratie et de la république » (FDR) genannt.

Auf der anderen Seite stehen jene, die den Putsch als „heilsam“ begrüßten und ihn als Auftakt für einen radikalen Wandel nutzen wollen. Patriotismus herausstellend nennt sich dieses Bündnis „Coordination des Organisations Patriotiques du Mali » (COPAM). Seine Ziele: Entmachtung der alten politischen Klasse sowie Widerstand gegen alle Krisenlösungen, die vom Ausland dominiert seien. Und da sowohl der Interims-Präsident wie auch das Parlament ihre verlängerten Amtszeiten nur Vereinbarungen

mit der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (CEDEAO) verdanken, sind beide Organe für COPAM „illegitim“. (Die Bezeichnung „pro-putschistisch“ wird von diesen Kräften zurückgewiesen, aber hier aus Gründen der Vereinfachung benutzt.)

Von der Lagerbildung wurden auch die Gewerkschaften erfasst; sie begreifen sich in Mali als politische Akteure. Die Generalsekretäre der beiden Gewerkschafts-Dachverbände postierten sich rasch in der vorderen Reihe jeweils eines Lagers: der ältere, staatsnahe Dachverband bei den Verteidigern der bisherigen politischen Klasse; der jüngere, als „unabhängig“ abgespaltene Verband bei den Pro-Putschisten. Die Mitgliedschaft wurde dazu nicht befragt.

Ausländische Beobachter haben die sogenannten Pro-Putschisten vorschnell als Anti-Demokraten abgetan. Tatsächlich aber sammelten sich in diesem Spektrum zahlreiche Intellektuelle und Aktivisten, die auf eine „wahre Demokratie“ hoffen, nachdem eine Parteien-Demokratie westlichen Zuschnitts gescheitert sei. Zwei Beispiele:

- Rokia Sanogo, die Vize-Präsidentin von COPAM, ist Professorin für Pharmazie und Malis führende Expertin auf dem Feld der traditionellen Pflanzenheilkunde, besonders für Frauen. Sie sucht nach afrikanischen, angepassten Lösungen, das gilt für die öffentliche Gesundheit wie für die Politik. „Wir werden in Abhängigkeiten gehalten mit der Behauptung, es gäbe keine Alternativen. Aber es gibt Alternativen!“ Für die Professorin, die eher un militärisch-heiter wirkt, bleibt die Putschisten-Fraktion des Militärs „unser Partner“, denn sie habe die Voraussetzung für den Wechsel geschaffen.

- Issa Ndiaye, ein früherer Bildungsminister, ist eine graue Eminenz der Zivilgesellschaft, nicht nur wegen seiner geschliffenen Texte, sondern wegen moralischer Standfestigkeit. Vor zwei Jahrzehnten ein Kämpfer gegen die malische Militärdiktatur kritisierte er danach früh die Korruption in der jungen Demokratie, zog sich bald aus der Politik zurück. „Damals bekamen die Methoden der alten Einheitspartei nur ein neues Etikett; die Apparate wurden nicht gesäubert.“ Als Ndiaye kürzlich ein Ministerposten in der Übergangsregierung angeboten wurde, lehnte er ab. „Die internationale Gemeinschaft sollte begreifen, wie tief in Mali die Spaltung zwischen den Regierenden und dem restlichen Land ist. Es gibt hier auch das Phänomen Karzai: Politiker, die nur durch die Anerkennung des Westens fabriziert werden.“

In der Aufbruchsstimmung, die nach dem Putsch zunächst einsetzte, gründeten sich neue spontaneistische Gruppen. Manche drücken in der Wahl ihres Namens das Bedürfnis nach Authentizität aus: etwa „Yèrèwolo ton“, was soviel heißt wie „die Würdigen der Heimat“; sie belagerten das Parlament, um die Abgeordneten, die in Mali

chronisch schlecht angesehen sind, an ihre Verantwortung zu erinnern. Oder "Les Sofas de la République"; der Name spielt auf eine Kriegerkaste der malischen Geschichte an. Die Gruppe um den Reggae-Musiker Mohamed Bathily, von Weltsozialforen auch als "Ras Batch" bekannt, benennt öffentlich die Nutznießer von Korruption. Zustimmung findet in allen Teilen der Zivilgesellschaft der Ruf nach einem „großen Audit“. Gemeint ist damit: Nach Ursachen und Verantwortung für das Scheitern der Demokratie in den vergangenen 20 Jahren suchen. Der Anwalt Tidiani Guindo, Vorsitzender der kulturellen Vereinigung „Mali Dambé“, präzisierte diesen Vorschlag folgendermaßen: Eine „Wahrheits- und Versöhnungs-Kommission“ soll die Periode 1992 bis 2012 aufarbeiten, und zwar in fünf Bereichen: Schlechte Regierungsführung, Korruption, gescheiterte Bildungspolitik, ineffiziente Beschäftigungspolitik, Vernachlässigung der Armee. „Es ist absolut notwendig, dass diejenigen, die in Verantwortung waren, sich vor dem malischen Volk erklären“, schreibt Guindo. „Man kann seinem Land nicht so viel Schaden zufügen und dann alles mit Schweigen bedecken, im Namen eines sozialen Friedens, der nur Fassade ist.“ Solange das malische Volk nicht um Verzeihung gebeten werde, würde sich das soziale Klima nicht beruhigen. Ziel sei eine neue Art des Regierens, in der Straflosigkeit keinen Platz mehr habe. „Das wäre der Beginn eines neuen Mali, von dem wir alle träumen.“

Die Krise jeglicher Repräsentativität

Die Demokratie bisherigen Zuschnitts, mit 152 meist programmlosen Parteien, sei gescheitert – darin sind sich lagerübergreifend nahezu alle Stimmen der Zivilgesellschaft einig. „Die große Mehrheit der Malier glaubt nicht mehr an dieses System“, sagt der Direktor von SECO-ONG, Mori Moussa Konaté. Ganz ähnlich argumentiert ein Vertreter der eher pro-putschistischen Gruppe „Yéréwolo Ton“: Die meisten Malier, mehrheitlich Analphabeten, hätten bis heute nicht verstanden, was eine politische Partei überhaupt sein soll. Typisch dafür sei die Frage: „Die Partei von wem?“ Man halte die Partei für eine Familie, mit einem Chef, der die Seinen versorgt.

In Bamako, in nächster Nähe zur Politik, war die Wahlbeteiligung zuletzt besonders niedrig, unter 15 Prozent. Doch geht die Krise des Politischen weit über die Politik hinaus. Jenseits von traditionellen Zusammenschlüssen wie Dorfvereinigungen oder Altersklassen-Gruppen leidet Mali an einer umfassenden Krise jeglicher Repräsentativität: So gut wie niemand, der im Namen der Bevölkerung zu sprechen behauptet, genießt wirklich deren Vertrauen.

Der einzige größer angelegte Versuch, Maliern jenseits der politischen Klasse in der aktuellen Krise eine Mitsprache zu ermöglichen, sind die „Concertations nationales“, eine Art große Nationalkonferenz. Initiiert von den pro-putschistischen Kräften um COPAM hatte das Projekt von Beginn an einen Doppelcharakter: Erstens zu unterstreichen, dass Präsident und Parlament, beide von Gnaden der CEDEAO (siehe oben), nicht über genug Legitimität verfügen, um Entscheidungen von großer Tragweite zu treffen. Zweitens einen Fahrplan für den politischen Übergang und für die Lösung der Krise im Norden zu verabschieden, der von der breiten Masse des Volkes gebilligt würde.

Vorbild dafür war ein Modell von 1991: Nach dem Sturz der Militärdiktatur hatte ein Rat, in dem Politik, Militär, Zivilgesellschaft und Gewerkschaften beisammen saßen, binnen 14 Monaten die verfassungsrechtlichen und organisatorischen Grundlagen des neuen Mehrparteien-System geschaffen. Damals einte jedoch die Ablehnung des soeben gestürzten Systems alle gesellschaftlichen Kräfte. Dies ist heute anders. Nachdem eine erste Concertations im Mai 2012 nur das Spektrum von COPAM spiegelte, wurden in den Folgemonaten diverse Anläufe unternommen, alle politischen Fraktionen und die Zivilgesellschaft in einer 586köpfigen Versammlung zu vereinen. Mitte Dezember 2012 steckt das Projekt immer noch im Handgemenge des politischen Lagerkampfes fest.

Das ungenutzte soziale Kapital

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die demokratische Aufbruchstimmung aus den ersten Monaten nach dem Putsch nicht für eine Lösung der Krise genutzt wurden. Exemplarische, sichtbare Schritte hin zu einer neuen Qualität von Basisnähe und Partizipation hätten in der Bevölkerung die Zuversicht stärken können, dass möglicherweise auch die Sicherheitskrise durch eigene und zwar nicht-militärische Mittel bewältigt werden könnte. Denn Mali verfügt durch die Struktur und den Zusammenhalt seiner Gesellschaft über ein großes soziales Kapital. Das ist gerade in der Krise sichtbar: Die meisten Binnenflüchtlinge wurden von Familien aufgenommen, und die Atmosphäre im Land ist nach neun Monaten Dauerkrise immer noch friedlich - trotz immenser sozialer Belastungen und trotz der Abwesenheit legitimer Autoritäten. Die Malier berufen sich gerne darauf, „ein Land des Dialogs“ zu sein und durch ein althergebrachtes Netz von Beziehungen und Regeln zwischen den Ethnien (sogenannte „Spaßverwandtschaften“) Konflikte niedrig halten zu können. Doch dieses traditionel-

le Sozialkapital wurde zur Lösung der Krise erstaunlich wenig mobilisiert. Versuche, mit den Okkupanten im Norden auf nicht-staatlicher Basis in Kontakt zu kommen, blieben vereinzelt und unkoordiniert. Dass solche Besuche im Norden möglich sind, zeigte das Beispiel einer Delegation von Dogon, die sich formell auf das Prinzip der „Spaßverwandtschaften“ bezog, um unter diesem Schutz die mit den Dogon liierten Ethnien im Norden zu besuchen und Informationen zu sammeln.

Zahlreiche Aktionen von Widerstand im Norden, insbesondere bei der Jugend, wurden in Bamako weder systematisch ausgewertet noch hat sich die Übergangsregierung jemals – soweit bekannt – positiv auf den zivilen Ungehorsam gegenüber den Okkupanten bezogen. Die Vernachlässigung der Rolle der Jugend ist augenfällig, weil Jugendliche im Norden sowohl bevorzugtes Objekt islamistischer Rekrutierungen sind als auch in ihren Lebensäußerungen (z.B. Musikverbot) besonders unterdrückt werden. Aufgrund all dieser Versäumnisse ist im öffentlichen Diskurs eine militärische Intervention im Norden immer mehr zur quasi alternativlosen Option aufgestiegen. Dass es weiterhin andere Handlungsmöglichkeiten gibt, zeigt die Initiative „Weißer Marsch“, die jüngst in einem Netzwerk von Basis-Initiativen entwickelt wurde: das „Mouvement Sans Voix“ (ohne Stimme) will im März einen friedlichen Protestmarsch mit 5000 Teilnehmern in die okkupierte Zone hinein organisieren.

2. Der Blick auf die Schuldigen: Verhandeln mit wem, Krieg gegen wen?

In der Einschätzung der Lage in Nord-Mali divergieren wiederum Außensicht und Binnensicht beträchtlich. Westliche Medien und westliche Meinungsführer machen einen großen Unterschied zwischen den bewaffneten Islamisten und den säkularen Tuareg-Rebellen der „Mouvement Nationale pour la Libération de l’Azawad“ (MNLA). Letztere hatte sich zunächst mit den islamistischen Kampfgruppen verbündet, wurde dann aber von ihnen militärisch geschlagen und aus Nord-Mali vertrieben, aus jenem Azawad also, das die MNLA als Staat proklamieren wollte. Obwohl auch MNLA-Kämpfer, den Berichten von Amnesty International und Human Rights Watch zufolge, Plünderungen und Vergewaltigungen begangen haben, genießen sie aus europäischer, zumal aus französischer Sicht die Aura von Freiheitskämpfern. Das ist in Mali völlig anders.

Für viele Malier sind Islamisten und MNLA gleichermaßen „Verbrecher“ und „Banditen“, derentwegen sie Heim, Hof und Sicherheit verloren haben. In der Sprache der Bambara, der am weitesten verbreiteten einheimischen Sprache, werden sie „Mogodjugu“ (böse Menschen) oder „Ma murutilun“ (Aufständische) genannt; beide Ausdrücke haben keinen religiösen Bezug.

Bei der einzigen Meinungsumfrage in Mali, kürzlich im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt, sprach sich mehr als die Hälfte der Befragten, ausschließlich Bewohner Bamakos, für einen Krieg im Norden aus. Bei jenen, die für Verhandlungen optierten, war der bevorzugte Partner die Islamisten-Gruppe Ansar Dine, nicht die MNLA.

In der gebildeten, französisch sprechenden Minderheit wird die Frage, ob eine militärische Intervention in Nord-Mali nötig ist und gegen wen dort überhaupt Krieg geführt werden soll, entlang der politischen Lagergrenzen völlig unterschiedlich beantwortet. Die alte politische Klasse um den Interims-Präsidenten Dioncounda Traoré äußert sich eher in einer vom Westen bevorzugten Tonart: Es gehe um einen Krieg gegen die Hand-und Fuß-Abhacker, „einen Krieg gegen den Terrorismus“, bei dem Mali nicht allein gelassen werden dürfe.

Diametral anders argumentieren die sogenannten pro-putschistischen Kräfte: Ausländische Soldaten sollen keinen Fuß auf malischen Boden setzen; der islamische Terrorismus werde vom Westen nur als Vorwand benutzt, um sich militärisch in der Sahara festzusetzen und die Hand auf die vermuteten Ressourcen Nord-Malis zu legen (Uran, Öl, seltene Erden, unterirdisches Wasser).

Frankreich als Drahtzieher hinter der MNLA zu sehen, ist lagerübergreifend gerade unter den engagierten Intellektuellen der älteren Generation verbreitet: In Erinnerung daran, dass Frankreich 1957 einen unabhängigen Sahara-Staat projiziert hatte, durch den es seine Interessen in dieser strategischen Zone wahren wollte, werden die Tuareg-Rebellen als Handlanger französischer Interesse gesehen – und damit als Hauptfeind definiert. Denn nur sie, nicht die Islamisten, bedrohten den Zusammenhalt des Landes; deshalb gebe es mit ihnen nichts zu verhandeln.

Many Camara, ein Anthropologe, der im Widerstand gegen einen geplanten Uran-Abbau im Südwesten Malis aktiv ist: „Frankreich hat seit langem das Interesse, die Sahara-Zone zum eigenen Vorteil zu destabilisieren. Dazu werden die Tuareg instrumentalisiert.“

Safiatou Diarra, Veteranin der Frauenbewegung und eine der ersten einheimischen Gymnasial-Lehrerinnen im unabhängigen Mali, erinnert sich, dass schon Modibo Keita, Malis erster Präsident, vom Versuch der „Balkanisierung Afrikas“ gesprochen habe. „Die Franzosen sagten uns damals, dass Kidal (eine Stadt im Norden, Anm. d. Red.) eigentlich nicht zu Mali gehöre. Gerade deshalb ist Kidal für uns ein Symbol der Nation. Wir Malier sprechen nicht vom ‚Norden‘ und vom ‚Süden‘; das sind Worte aus dem westlichen Sprachgebrauch. Wir sind nicht der Sudan.“

Psychologie der Krise und Verrats-Diskurs

Nur sehr wenige Informationsquellen in Mali sind verlässlich; weder die Regierung noch die einheimischen Medien vermitteln eine hinreichend unparteiische Aufklärung über die Krise. Viele Malier fühlen sich deshalb als Opfer eines großen Spiels, das sie nicht durchschauen. Schon den Sturz Ghaddafis haben sie nicht gewollt, und auf dessen Folgen wurden sie nicht vorbereitet. Gerüchte und Mutmaßungen werden häufig in einer Weise verarbeitet, die es den Maliern ermöglicht, sich als Opfer zu sehen, als Opfer externer Machenschaften (neidische Nachbarn, CEDEAO) wie auch als Opfer treuloser Landsleute. In diesem Diskurs, der auf der tatsächlich erlebten Machtlosigkeit ebenso basiert wie auf einem ausgeprägten Nationalstolz, nimmt der Vorwurf des Verrats einen zentralen Platz ein. Der vormalige Präsident ATT hat das Land verraten, die politische Klasse verrät die einfachen Malier, eine Fraktion des Militärs verrät die andere, Putschisten-Führer Sanogo hat seine jungen Unterstützer verraten usw.

Das Gefühl, immer wieder betrogen zu werden, begünstigt vor allem bei ungebildeten männlichen Maliern eine Pro-Kriegs-Stimmung. Verhandlungen erscheinen wieder als undurchschaubar, als Spiel mit verdeckten Karten, während der Krieg eine klare, saubere Angelegenheit sei, „um im Norden ein für alle Mal aufzuräumen“. Diese Sichtweise klammert sich an eine heroische Überhöhung der malischen Armee; dass sie tatsächlich schwach und schlecht ausgebildet ist, gilt wiederum als Ergebnis von Verrat. Ein Teil der malischen Presse schürt diese Stimmung: Verhandlungen könnten nur zu einem „Schand-Frieden“ führen.

Tuareg, Nation und Rassismus

Einige Tuareg-Abgeordnete des malischen Parlaments schlossen sich im Frühjahr 2012 den Separatisten an; auch liefen Tuareg-Soldaten der malischen Armee im

Kampf zu den Rebellen über. Dies hat große Bitterkeit hervorgerufen, alte Ressentiments befeuert und dem Verrats-Diskurs massiv Vorschub geleistet. Den Preis zahlen nun vor allem jene Tuareg, die weder Rebellen noch Separatisten sind und die sich gleichwohl Hass und Verdächtigungen ausgesetzt sehen, bis hin zum Mord, in einer noch ungeklärten Zahl von Fällen.

Auf einem landesweiten Forum von Bürgermeistern beschwor Arbacan Ag Abzayack, Tuareg und Bürgermeister der nördlichen Stadt Kidal, die Teilnehmer folgendermaßen: „Ich appelliere an meine schwarzen Brüder, keine Stigmatisierung zuzulassen. Ich fühle mich wie zwischen Hammer und Amboss.“ Als Verräter gelte er nun ebenso bei vielen schwarzen Maliern wie bei den Islamisten, die derzeit seine Heimatstadt regieren.

Bajan Ag Hamatou, ein Tuareg-Parlamentarier aus dem nördlichen Menaka, berichtet, dort hätten junge Tuareg versucht, die Stadt sowohl gegen MNLA-Rebellen wie gegen Mujao-Islamisten zu verteidigen und seien dabei gefallen. „Aber die Mehrheit unserer Landsleute nimmt nicht zur Kenntnis, dass es im Herzen der Tuareg-Gemeinschaft Stämme gibt, die bereit sind ihr Leben zu opfern für die nationale Einheit.“

Ein langjähriger Tuareg-Mitarbeiter der deutschen Entwicklungszusammenarbeit meint, es gebe eine Verbindung zwischen dem Beginn der malischen Demokratie 1991/92 und dem tiefsitzenden Hass auf die Tuareg. In der Endphase der Militär-Diktatur hatte die Armee auf die Bevölkerung geschossen, sogar auf Schüler; das Image der Armee war am Boden. „Die Tuareg gaben nun das Feindbild her, das es der Nation ermöglichte, sich wieder um die Armee zusammenzuschließen und ihre Untaten zu vergessen.“ In privaten Gesprächen, aber auch in Zeitungsartikeln wird auf die Sklavenhalter-Vergangenheit der hellhäutigen Tuareg-Oberklasse Bezug genommen. Im anonymisierten Beitrag eines Geschichts-Professors heißt es: Im Norden seien „schwarze Soldaten“ von den MNLA-Rebellen kastriert worden; nur aus Scham würden die Malier darüber schweigen.

Von einer generellen „Marginalisierung des Nordens“, die in westlichen Medien häufig als Grund der Tuareg-Rebellion genannt wird, könne keine Rede sein, sagen moderate und sachkundige Malier, wie etwa der Dezentralisierungs-Experte Ousmane Sy, ein ehemaliger Minister. Seit den frühen Tagen der malischen Unabhängigkeit (1960) haben ausschließlich Tuareg zu den Waffen gegriffen, um ihre Forderungen zu unterstreichen; doch fühlten sich andere Regionen ebenfalls vom Zentralstaat zugleich vernachlässigt und bevormundet. „Die Probleme des Nordens sind die Probleme aller

Regionen. Wir müssen diesen Typus von Staat ändern, sonst werden wir keine Stabilität finden.“

Wer spricht für die Bevölkerung Nord-Malis?

In der Debatte, ob eine militärische Intervention in Nord-Mali legitim und ratsam ist, müsste die Bevölkerung in diesem Gebiet eine entscheidende Stimme haben: Sie trägt gegenwärtig die Last islamistischer Unterdrückung, und sie wäre im Kriegsfall nur schwer zu schützen. Wie hoch der Anteil der nicht-geflüchteten Bevölkerung ist, lässt sich nicht genau sagen; vorliegende Angaben sprechen von 30 bis 40 Prozent. Sicher ist nur: Dies sind die Ärmern. Vereinfacht gesagt: Funktionäre und Bürgertum sind geflohen; Bauern, Viehhalter sowie völlig Mittellose sind geblieben.

Niemand spricht gegenwärtig mit Legitimität für diese Bevölkerung; vielmehr wird sie politisch missbraucht von zwei Organen, die in ihrem Namen zu sprechen behaupten. Auf der einen Seite die MNLA; sie unterstellt, die ethnisch plurale Bevölkerung des Nordens hätte ein Interesse an Autonomie/Selbstständigkeit unter Tuareg-Führung. Auf der anderen Seite steht COREN (Collectif des Ressortissants du Nord): Ein Zusammenschluss von Nord-Bürgern und –Politikern in Bamako, in dem Vertreter der bisherigen politischen Klasse wortführend sind.

Zum besseren Verständnis: Obwohl in Mali generell keine ethnische Politik betrieben wird, spielt hier auch ein ethnischer Aspekt eine Rolle. Viele Geflüchtete aus dem Norden sind Songhai; unter dem gestürzten Präsidenten ATT hatten Songhai bevorzugt hohe Staatsposten im Finanzsystem und im Zoll. (Um sein Machtsystem zu stabilisieren, vergab ATT nicht Geld, sondern Posten, die Bereicherung erlaubten.) Nach dem Staatstreich im März 2012 wurden eine Reihe hohe Songhai-Kader von solchen lukrativen Posten entfernt.

Im politischen Lagerkampf von Bamako steht COREN, der Zusammenschluss der Nord-Bürger, deshalb auf Seiten der sogenannten Anti-Putschisten, weil dies den Interessen seiner Wortführer entspricht. Zwei Freiwilligen-Milizen, die sich gegenwärtig auf eine Rückeroberung des Nordens vorbereiten, bestehen gleichfalls vor allem aus Songhai. Generell wird in diesem Spektrum seit Beginn der Krise ein militärisches Eingreifen im Norden bevorzugt.

Befragungen von politisch Unabhängigen, die noch im Norden leben oder häufig dorthin fahren, ergeben hingegen ein differenziertes Bild. Weder ist die Herrschaft der islamistischen Kampfgruppen in den drei Nord-Regionen einheitlich noch das Verhal-

ten der Bevölkerung. In Kidal, der einzigen Region mit einer Tuareg-Mehrheit, gebe es keine Exzesse wie in den Städten Gao und Timbuktu, berichtet der Bürgermeister Arbacan Ag Abzayack. 40 Prozent der Bevölkerung seien geblieben, aber sie hätten keine Stimme, weil sich nur Geflüchtete und Bewaffnete bemerkbar machen könnten. Der Bürgermeister ist gegen eine militärische Intervention; die Islamisten würden irgendwann einsehen, dass sie die Bevölkerung nicht für diese Art von Sharia gewinnen könnten.

„Wir wollen Verhandlungen; ein Krieg würde schreckliche Folgen haben“, sagt Abdoulaye Maiga, Radiotechniker und Vize-Bürgermeister von Douentza; das ist die südlichste Stadt des islamistisch besetzten Nordens, hier würde der Krieg beginnen. Maiga schildert die Lage so: Von 30 000 Einwohnern blieben etwa 10 000, vor allem Bauern. Die geflüchtete Verwaltung wurde durch die Zivilgesellschaft ersetzt; ein 20köpfiges „Krisenkomitee“ aus Notablen, Dorfchefs sowie Vertretern der Jugend und der Frauen, mit Unterkomitees für Erziehung, Gesundheit, Umwelt. Das Komitee ist das Gegenüber der jihadistischen Kampfgruppe Mujao; gerade wurde ausgehandelt: Das Rote Kreuz kann kommen, aber ohne Kreuz auf den Autos. Das Verhältnis der Bevölkerung zur jetzt abwesenden staatlichen Verwaltung war schon lange schlecht, vor allem wegen einer korrupten Justiz.

Aus Berichten von Flüchtlingen, die Douentza vor kurzem verließen, lässt sich Folgendes ergänzen: Etwa zehn Prozent der Einheimischen kollaboriert mit den Jihadisten; meist aus finanziellen Motiven, seltener aus religiöser Überzeugung. Arme und Arbeitslose, darunter auch frühere Touristenführer, wurden für Spitzeldienste rekrutiert. Durch Anschuldigungen können nun auch alte Rechnungen beglichen werden. Manchem Zuträger wird wiederum schon heute gedroht: Warte nur...! Dies ist nur das ungefähre Bild einer einzigen Stadt. Der Norden ist weder eine heterogene noch eine hermetisch abgeriegelte Zone; Europäer müssen das Gebiet wegen der Entführungsgefahr zwar meiden, aber viele Malier bewegen sich, mit gebotener Vorsicht, zwischen den Landesteilen hin und her. Was an Berichten vorliegt, zeugt von Widerstand und zivilem Ungehorsam ebenso wie von Kollaboration und Komplizenschaft. Der Norden hat viele Grauzonen, und das Wort „Verrat“ macht in den Erzählungen auch hier die Runde. Gewiss ist: Die große Mehrheit der Malier lehnt eine fanatische Auffassung der Sharia ab. Aber wer in diesen Zeiten Täter ist und wer Opfer, darauf gibt es keine leichte und keine einheitliche Antwort.

3. Ist Malis Laizität bedroht? Die Rolle der Religion und der religiösen Akteure

Mali, zu etwa 90 Prozent muslimisch, hat keine Staatsreligion. Das Parteiengesetz erlaubt keine Parteien mit offen religiöser Ausrichtung, gleichwohl haben religiöse Bewegungen Meinungsmacht. Jenseits des Okkupationsgebiets islamistischer Gruppen herrscht in Mali weiterhin ein Klima religiöser Toleranz. Im November 2012 unternahmen die Katholiken mit mehreren tausend Teilnehmern ungehindert ihren jährlichen Pilgerzug zu einer Marienstatue in der Stadt Kita. Viele politische Stimmen in Bamako protestierten, als kürzlich ein Religionsministerium geschaffen wurde (mit muslimischer Besetzung).

Die Exzesse im Namen einer dumpf interpretierten Sharia werden von allen muslimischen Strömungen des Landes scharf kritisiert, mit Verzögerung auch von den Wortführern der Wahhabiten, deren Anhängerschaft auf 15 Prozent der malischen Muslime geschätzt wird. Sie nehmen zwar ihrerseits Anstoß an Praktiken des sufistisch orientierten Mehrheits-Islam, wie etwa die Verehrung von Heiligen, würden deren Mausoleen aber nicht zerstören. Auch hier spielt wieder Nationalstolz eine Rolle: Die mächtigsten Al-Kaida-Führer im Norden sind Ausländer; von denen wollen sich auch malische Wahhabiten nicht belehren lassen. Wer glaubt, ganz Mali sei allein aufgrund seiner Armut ein fruchtbarer Boden für einen radikalisierten Islam, übersieht die Macht der Marabouts, der traditionellen Religionsführer, die gerade unter den Ärmsten die meisten Anhänger haben und mit Geld und Raffinesse ihre Position zu wahren wissen. Im Zuge der malischen Krise kann nicht von einem Angriff „des Islam“ auf den säkularen Staat die Rede sein, auch nimmt die Anhängerschaft radikaler Vorstellungen nicht nachweisbar zu. Jedoch spielen muslimische Akteure unterschiedlicher Couleur eine wachsende Rolle auf dem politischen Parkett – und der Grund dafür ist wiederum die umfassende Krise der Repräsentativität. In einem Klima hochgradigen Misstrauens gegenüber allen Politikern genießen nur die Religiösen Respekt. Von ihnen wurden die einzigen großen Kundgebungen für Frieden und nationale Einheit veranstaltet. In dramatischen Momenten der jüngsten Vergangenheit traten prominente muslimische Autoritäten auf den Plan, um im politischen Lagerkampf zu vermitteln. Als sich im November 2012 zwei verfeindete Polizei-Gewerkschaften mit Entführungen bekämpften, sorgte Mahmut Dicko, der Vorsitzende des Hohen Islamischen Rats, ein ehrgeiziger Wahhabit, für die Freilassung der Entführten. Fast zur selben Zeit pendelte sein sufistischer Kontrahent Chérif Ousmane Haidara, der populärste malische Prediger,

zwischen dem Präsidentenpalast und der Garnison der Putschisten, um die beidseitige Teilnahme an der Concertations zu ermöglichen. Haidara hatte bereits vorher zwischen den gegnerischen Fraktionen des malischen Militärs vermittelt. Den Weg dazu hatten die Frauen der Soldaten geebnet; Haidara hat besonders viele weibliche Fans. Unbeachtet von der internationalen Öffentlichkeit hatte eine dritte religiöse Autorität entscheidenden Anteil daran, dass der Putschisten-Führer Hauptmann Amadou Sanogo die Macht zumindest formell wieder in zivile Hände gab. Der „Chérif de Nioro“, ein Groß-Marabout aus der Stadt Nioro, war dafür mit wehenden Gewändern in Sanogos Garnison gekommen. Zugleich positionierte sich der Chérif in inhaltlichen Fragen auf Seiten der Putschisten, gegen die alte politische Klasse. Die Dynastie dieses Marabouts ist im ganzen Sahel legendär wegen ihres Widerstands gegen die französische Kolonialmacht.

Die Rolle religiöser Akteure in der malischen Krise verweist auf die unterbewerteten Potentiale nicht-militärischer Konfliktlösung. Sie verweist aber auch auf eine gefährdete Laizität. Denn die Laizität lässt sich nur verteidigen, wenn die weltlichen Institutionen an den Bedürfnissen der Bürger ausgerichtet sind. Den Glauben daran haben viele Malier verloren – und das ist das Zentrum der Krise.